

»Die Hoffnung stirbt zuletzt«

Bildungsbürger: Hannes Androsch, Claudia Schmied und Bernd Schilcher (v.links) diskutieren inmitten geballten Wissens im historischen Lesesaal der Nationalbibliothek in Wien..

FOTO ROMAN ZACH-KIESLING

Bildungspolitik. Ein halbes Jahr danach: Hat das Volksbegehren etwas gebracht? NEWS fragte die Ministerin und die Initiatoren.

Skepsis ist angebracht: Nicht jedes erfolgreiche Volksbegehren wird in Österreich auch umgesetzt. Ob die gut 380.000 Unterschriften für das Bildungsvolksbegehren überhaupt als Erfolg zu werten sind, ist zudem Ansichtssache.

Für die Behandlung im Parlament waren es jedenfalls genug. In einem eigenen Sonderausschuss werden die Forderungen des Volksbegehrens jetzt abgearbeitet. Möglichkeiten zur Umsetzung stehen ausreichend an: Am Donnerstag beginnen die Verhandlungen zum neuen Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer. An einer neuen Ausbildung für Lehrer wird gearbeitet. Der Uni-Zugang muss neu geregelt werden. Die Zuständigkeiten im Schulbereich – Stichwort: Verlängerung gegen Verbundlichung – bleiben ein Streitfall.

Zwischenbilanz.

Genau ein halbes Jahr ist die Eintragungswoche her. Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. NEWS bat Initiator Hannes Androsch, seinen Mitstreiter, den Autor des Buches „Bildung nervt“, Bernd Schilcher, und Bildungsministerin Claudia Schmied zum runden Tisch über das Volksbegehren. ▶

Schöne Worte oder echter Wille: Wird das Volksbegehren auch umgesetzt?

► **NEWS:** Frau Ministerin, Bernd Schilcher rechnet in seinem Buch „Bildung nervt“ mit der heimischen Politik ab. Vor allem an der Regierungsspitze stehe wie in keinem anderen Land die Parteipolitik im Vordergrund, nicht das Wohl der Kinder. Hat er Recht?

Schmied: Eine schwierige Frage. Persönlich bin ich mit dem Jahr 2011 sehr zufrieden, auch dank des Bildungsvolksbegehrens. Insofern hat Bernd Schilcher ausnahmsweise nicht Recht. Wir sind so erfolgreich, dass es Einzelnen bei der Bildungsreform jetzt schon zu schnell geht. Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns. **NEWS:** Herr Schilcher, Sie nehmen die Ministerin bei ihrer Kritik aus. Können Sie die verantwortliche Ressortchefin so einfach aus der Verantwortung entlassen?

Schilcher: Meine Erfahrung ist, dass die Ministerin wirklich etwas verändern will. Das war in der langen Zeit, in der ich die Bildungspolitik beobachtet habe, nicht selbstverständlich. Die Regierungsspitze wollte das nicht, deswegen habe ich die Expertenkommission verlassen. Mein Schlüsselerlebnis war, als die Ministerin mit ihrem Vorschlag, Lehrer sollen zwei Stunden mehr arbeiten, im Regen stehen gelassen wurde. Da habe ich angefangen nachzudenken: Wieso macht man das?

NEWS: Herr Androsch, bei dem Befund ist es schwer vorstellbar, dass es zu dem nationalen Schulterschluss kommt, den Sie sich wünschen.

Androsch: Die Hoffnung stirbt zuletzt. An Grillparzer angelehnt: Es darf nicht sein, dass

es der Fluch dieses edlen Landes ist, auf halben Wegen zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. Bei den Beratungen im Parlament meint man ja, es gibt nur mehr eine Fraktion. Aber das, was bereits beschlussreif ist, muss auch umgesetzt werden. Es liegen zum Teil fertige Anträge im Ausschuss, etwa für die Verbundlichung bei mehr Autonomie für die Schulleitungen. Ohne eine Blockade der Länder kann man das schon im Juni beschließen. Umso mehr freut es mich, wenn der oberösterreichische ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer diese Woche sagt, dass die Länder keine Blockierer sind.

»Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis wir am Ziel sind.«

Claudia Schmied

Schmied: Wir müssen bei der Verbundlichung noch Überzeugungsarbeit leisten. Nicht im Parlament – aber auch da muss man schauen, was am Tag der Abstimmung tatsächlich passiert. Die Rückenbedeckung des Bildungsvolksbegehrens und des Parlaments ist wichtig, damit es nicht genau in die andere Richtung geht, nämlich in Richtung Veränderung.

Androsch: Es gibt einen Konsens unter den Abgeordneten, und die haben ein unabhängiges Mandat. Daher können

Die Ministerin. Claudia Schmied, 52, ist seit 2007 Ministerin für Bildung und Kultur. Großes bildungspolitisches Ziel der Exbankerin ist die gemeinsame Ganztagschule..

nicht einzelne Landeshauptleute oder Lehrgewerkschaftsvorsitzende die Zukunft unseres Landes in Geiselhaft halten. Wenn dieses Volksbegehren nicht ein Mindestmaß an Erfolg erzielt, dann hat das demokratiepolitisch schwerwiegende Folgen. Wir werden das auch im Nationalratswahlkampf thematisieren.

Schilcher: Ich habe miterlebt, wie Abgeordnete aus dem Sonderausschuss in ihren Bundesländern zuhause genauso für ganztägige Schulformen oder die Verbundlichung geworben haben wie im Parlament. Es ist möglich, wenn man will. Wenn sie derart dabei bleiben, dann müssten mindestens fünf, sechs Anträge kommen: Bezirksschulräte abschaffen, Landesschulräte umwandeln, damit Geld frei wird für Unterstützungssysteme für die Lehrer, Autonomie einführen etc. In London gibt es eine Schule in einer Problemgegend, die mit Autonomie und Unterstützung von außen zur Vorzeigeschule wurde.

Androsch: Erwähne Göttingen, Malmö, Sachsen, Ottawa!

Schilcher: Überall dasselbe Strickmuster: Autonomie und Unterstützung von außen und sich um jedes einzelne Kind kümmern.

NEWS: Es klingt ja nicht so schwierig, das umzusetzen, Frau Ministerin.

Schmied: Es gibt auch bei uns sehr gute Schulstandorte. Ich habe in Graz die ganztägig geführte Neue Mittelschule „Klex“ besucht. Was ich dort erlebt habe, war beeindruckend: interessierte Kinder, motivierte Lehrer, zufriedene Eltern. Wir brauchen mehr solche Schulen, daher ist meine Formel einfach: Die ganztägige Neue Mittelschule führt zur gemeinsamen Schule, weil sie die bessere Schule ist und ganz viele Eltern ihre Kinder dort anmelden.

Androsch: Es gibt Beispiele, dass es bei uns geht, aber aus den Beispielen muss Allgemeingut werden.

Schilcher: Was wir im Ausschuss erleben, habe ich schon nicht mehr geglaubt: eine Kultur des Gemeinsamen und des ordentlichen Ausredens. Auf einmal geht es.

NEWS: Was bringt es, sich gegenseitig ausreden zu lassen, wenn das Ziel der gemeinsamen Ganztagschule nicht machbar ist?

Schilcher: Eines spürt die ÖVP schon: Wenn sie weiterhin zu allem Nein sagt, wendet sich der Wähler ab. Die ÖVP darf nicht nur Politik für die ma-



Der Rebell. Bernd Schilcher, 72, ist Autor des Bestsellers „Bildung nervt“. Der Professor für Bürgerliches Recht war ÖVP-Politiker, Präsident des Landesschulrates in Graz und Leiter von Schmieds Expertenkommission.

»Wir müssen dieses ideologische Geschwafel aufgeben.«

Bernd Schilcher

chen, die es geschafft haben, sondern muss eine Politik machen, mit der es möglichst alle schaffen. Wenn sie sich da öffnet, wird sie viel mehr Zustimmung bekommen. Das weiß vor allem auch mein Kollege Werner Amon (*Bildungssprecher der ÖVP; Anm.*).

NEWS: Die ÖVP bewegt sich ja, will aber keinesfalls bis zum Ende gehen.

Schmied: Noch nicht. Es zählt der Wunsch der Eltern. Es hat keinen Sinn, das ideologisch zu diskutieren, sondern wir müssen Schritt für Schritt Fakten setzen. Dann ist das nur mehr eine Frage der Zeit, bis wir am Ziel sind.

NEWS: Es ist auch eine Frage der Infrastruktur. Geht sich eine flächendeckende Umsetzung bis 2020 aus, wie von den Initiatoren des Volksbegehrens gefordert wird?

Schmied: Ja.

Schilcher: Es gibt ja breite Unterstützung dafür: Die Sozialpartnerschaft, die Kirche, die Wissenschaft, die Caritas. Es mehren sich die Mitstreiter. 80 Prozent der europäischen Länder haben gemeinsame Ganztagschulen, darunter

auch Südtirol, nicht gerade ein Hort der Linken. Ein Grund mehr, dieses ideologische Geschwafel aufzugeben.

NEWS: Ein nächster großer Schritt ist ein neues Lehrerdienst- und -besoldungsrecht. Es gibt die Befürchtung, dass der Kostenfaktor im Vordergrund steht. Berechtigt?

Schmied: Nein. Das neue Dienst- und Besoldungsrecht ist keine Sparmaßnahme. Es muss die pädagogischen Erfordernisse von heute abbilden. Wir reden von Projektunterricht, Sportvereinen, Sozialarbeit, und dann haben viele Schulen nicht einmal eine Sekretärin. Unterstützungspersonal ist zur Bewältigung all dieser Aufgaben wichtig. Große Schulstandorte benötigen auch ein mittleres Management. Direktoren sollen Mitsprache bei der Zusammenstellung des Lehrerteams erhalten.

Androsch: Wir verschwenden viel Geld für die Verwaltung. Die Junglehrer müssen besser bezahlt werden und die Lehrer insgesamt mehr Anerkennung bekommen.

Schilcher: Wobei ich jenen Lehrern, die mit einem Fuß schon in der Pension sind, nicht mehr abverlangen würde, den ganzen Tag in der Schule zu bleiben. ▶

VOLKSBEGEHREN

Die Erfolge

Sonderausschuss im Parlament eingerichtet

Druck auf die Politik

Konsens in allen Parteien, dass Reformen nötig sind

Gute Chancen

Neues Lehrerdienstrecht mit mehr Stunden an der Schule, aber auch mehr Gehalt

Neue Lehrerbildung mit Auswahlverfahren

Zuständigkeit beim Bund

Verwaltungsreform mit Abschaffung der Bezirksschulräte

Mehr Selbstbestimmung für die Schulen

Moderner Unterricht ohne starre Stundenpläne mit besserer Förderung der Kinder

Mehr Kinderbetreuung in Form von hochwertigen Ganztagesplätzen

Wenig Chancen

Gesamtschule aller 10- bis 14-Jährigen mit Abschaffung der Gymnasien

Ganztagschule mit Abschaffung der Halbtagschulen

Gemeinsame Position zu Studiengebühren und Uni-Zugangsregelungen

INNOVATION

Bringt Erfolg am Markt

Schafft neue Arbeitsplätze

Sichert Wohlstand

Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend
www.bmwf.gv.at/Innovation

„Der Erfolg unserer Wirtschaft ist abhängig von neuen Ideen. Deswegen unterstützen wir Österreichs Betriebe bei Finanzierung, Forschung und Export.“

Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner

Bund gegen Länder. SPÖ gegen ÖVP. Wer setzt sich durch?

► **Androsch:** Aber dann dürfen sie am Nachmittag nicht lukrative Nachhilfestunden geben.

Schmied: Das wäre mit einer ganztägigen Schule auch nicht mehr nötig. Die Schule soll am Abend keine Belastung für Schüler und Eltern darstellen.

NEWS: Was ist der wichtigste Punkt beim neuen Dienstrecht?

Androsch: Mehr Geld am Anfang, dafür weniger am Ende der Laufbahn. Das Dienstrecht muss in der Schule Freiheiten schaffen und Personalmanagement erlauben. Der machtpolitische Einfluss von außen muss aufhören.

NEWS: Rechnen Sie mit einer gemeinsamen Empfehlung des Sonderausschusses zum Uni-Zugang?

Androsch: Das wäre wünschenswert. Bei den Fachhochschulen gibt es Zugangsregelungen und Studiengebühren, das regt niemanden auf. Wir müssen den Zugang steuern, nicht einschränken. Wir haben viel zu wenig Naturwissenschaftler, zu wenig Medizinstudenten. Ich kann nicht dort Hürden schaffen, wenn ich die Ingenieure brauche.

Schilcher: Das Problem ist, dass wir schon im Gymnasium die Interessenten für Naturwissenschaften verscheuchen.

NEWS: Viele Unis werden die Studiengebühren wieder einführen. Das ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Wäre eine neue Lösung mit einem gut ausgebauten Stipendiensystem nicht gleich besser?



Der Statesman. Hannes Androsch, 74, war SPÖ-Vizekanzler und Finanzminister unter Bruno Kreisky. Der Industrielle rief im Vorjahr das Bildungsvolksbegehren ins Leben.

Schmied: Mich ärgert, dass man Studiengebühren unter der Überschrift Finanzierung diskutiert. Wenn man sie haben will, muss man sie anders begründen. Und solange der SPÖ-Parteitagbeschluss lautet, wie er lautet, kann man von mir nicht erwarten, Studiengebühren zuzustimmen. Aber deswegen gar nichts zu tun und die Unis in so eine Rechtsunsicherheit zu bringen, finde ich auch nicht in Ordnung.

»Ja zu Studiengebühren zur Steuerung, nicht zur Finanzierung.«

Hannes Androsch

Androsch: Das überparteiliche Volksbegehren ist nicht an einen Parteitagbeschluss gebunden. Studiengebühren sind kein Finanzierungsweg, sondern ein Steuerungsweg. Ich habe Verständnis, wenn ein Rektor, der doppelt so viele Inskribierte wie Studienplätze hat, Gebühren fordert. Voraussetzung

ist sowieso eine Studienförderung, die international vergleichbar ist. Und die Universitäten müssen angemessen dotiert werden.

Schilcher: Ganz Österreich hat ein kleineres Stipendienbudget als Harvard. In Graz haben wir mit Einführung der Studiengebühren am Juridicum 5.000 Karteileichen verloren. Das hat schon eine Wirkung. 50 Prozent der Studierenden machen ihr Studium nicht fertig. Da sage ich doch, setzen wir uns zusammen, Parteitagbeschluss hin oder her, und ändern wir was.

NEWS: Sie sind also für Studiengebühren als Steuerungsinstrument mit einem gut ausgebauten Stipendiensystem?

Androsch und Schilcher: So ist es.

NEWS: Wären Sie ohne den Parteitagbeschluss auch dafür, Frau Ministerin?

Schmied: Ich halte mich an die Linie.

NEWS: Ist es für Sie leichter geworden, seit es das Volksbegehren gibt?

Schmied: Ja, eindeutig. Es hat uns in der Regierung und mir in der Zusammenarbeit mit Werner Amon wirklich einen Schub gegeben.

Schilcher: Im Parlament sind alle Fraktionen dankbar.

Schmied: Wir haben mittlerweile eine nahezu Workshopartige Arbeitsatmosphäre im Unterrichtsausschuss. Die Wirkung des Volksbegehrens ist belegbar. Es kommt bei vielen Themen zu so etwas wie einer gemeinsamen Erkenntnis.

NEWS: Vor 15 Jahren bekam das Frauenvolksbegehren mehr als 600.000 Unterschriften. Von elf Punkten sind heute zwei umgesetzt. Welche Bilanz möchten Sie in 15 Jahren ziehen?

Androsch: Dass wir ein deutlich besseres Bildungssystem und höheres Bildungsniveau haben, bei der größtmöglichen sozialen Durchlässigkeit. Wir brauchen ganztägige Kindergärten, die Häuser der kleinen Forscher sind, keine Kindergarderoben. Wir brauchen Ganztagschulen und mehr Neue Mittelschulen. Wir brauchen die besten Lehrer mit der besten Ausbildung. Und wir brauchen einen großen Sprung bei den Universitäten. Für uns ist der Prozess nicht beendet, wenn es im Juni ein formelles Ende gibt.

Schilcher: Nichts, angefangen von den Kinderkrippen bis zu den Universitäten, darf den Ländern überantwortet werden. Das wäre – nicht zuletzt in Zeiten der EU – eine Rückkehr in die bildungspolitische Steinzeit. Es müssen Reformen umgesetzt werden, die Geld bringen, also die einfache Bundeskompetenz, eine schlanke Verwaltung und autonome Schulen. Der Unterricht muss sich massiv ändern. Viele Probleme haben wir nur, weil sich die Lehrer nicht um jedes einzelne Kind kümmern können. Zahlreiche Schüler wissen mit 15 Jahren noch nicht, wo ihre Stärken liegen. Das müssen wir ändern.

■ Moderation: Hanna Simons